



## **Unterstützungserklärung für den Frieden in Kolumbien**

Im Rahmen der Veranstaltungen zum 30-jährigen Bestehen der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien *ask!* befassen wir uns intensiv mit der Friedenssuche in Kolumbien und lancieren diese Erklärung.

Wir, die Unterzeichnenden begrüßen die Fortschritte, die Kolumbien auf der Suche nach Frieden gemacht hat. Wir sind bereit, Kolumbien auf dem Weg zu einem umfassenden Frieden auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Unter einem umfassenden Frieden verstehen wir nicht nur die Entwaffnung der Kriegsakteure, sondern Reformen die das Land demokratisieren, der Bevölkerung umfassende Teilhabe an sozialen und politischen Prozessen garantieren und für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen. Insbesondere möchten wir den sozialen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Friedensakteuren und Opfervereinigungen unsere Unterstützung und Anteilnahme zusichern. Im Hinblick auf einen umfassenden Frieden erklären wir folgendes:

### ***Fortschritte in den Friedensverhandlungen:***

1. Wir anerkennen den Abschluss und die Ratifizierung des Schlussabkommens über die Beendigung des Konfliktes und den Aufbau eines dauerhaften und stabilen Friedens zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-EP als grossen Fortschritt.
2. Wir begrüßen die Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und dem Nationalen Befreiungsheer ELN und hoffen, dass diese Verhandlungen ohne Unterbruch oder einseitigen Rückzug zu Ende geführt werden und rasch Fortschritte erzielt werden können, insbesondere die Vereinbarung eines dauerhaften bilateralen Waffenstillstandes.
3. Wir erachten es als sehr positiv, dass die Beendigung des bewaffneten Konflikts mit den FARC und der Beginn von Verhandlungen mit dem ELN zu einem deutlichen Rückgang der Kampfhandlungen und zu einer Verminderung der kriegsbedingten Opfer geführt haben.
4. Wir bedauern, dass einige politische und wirtschaftliche Sektoren diese Fortschritte im Friedensprozess nicht honorieren und weiterhin Stimmung gegen den Frieden zu schaffen versuchen und auch den Inhalt und die Auswirkungen der Friedensvereinbarung durch Fehlinformationen verzerren.
5. In diesem Sinne rufen wir alle Kandidatinnen und Kandidaten des Präsidentschaftswahlkampfes 2018 auf, sich unmissverständlich hinter die Friedensabkommen und die noch laufenden Friedensverhandlungen zu stellen und sämtliche Handlungen oder Aussagen zu unterlassen, die der Erreichung des Friedens zuwiderlaufen könnten.

### ***Herausforderungen für die Zukunft***

- ✚ Sämtliche Opfer, unabhängig von der Täterschaft und den Hintergründen des Opfers selber, sowie das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nichtwiederholung müssen im Zentrum sämtlicher Friedensbemühungen stehen. Die Opfer sind in die Aufarbeitung der Geschehnisse

einzu beziehen und ihre uneingeschränkte Teilhabe an den diesbezüglichen Massnahmen ist zu garantieren.

- ✚ Wir fordern die Regierung und das Parlament Kolumbiens auf, zielstrebig die fehlenden Normen für die Übergangsjustiz, für die Wahrheitsfindung und die Amnestie zu erarbeiten und zu verabschieden, alle Täterkategorien gleich (streng) zu behandeln und den Zugang aller Opfer zur Übergangsjustiz zu garantieren. Vordringlich sind dabei eine Wahrheitskommission, die auch tatsächlich Zugang zu sämtlichen Archiven erhält, sowie ein effizientes Funktionieren der Sonderjustiz für den Frieden.
- ✚ Wir sind sehr besorgt über das Wiedererstarken und die Ausbreitung der paramilitärischen Gruppen sowie deren systematische Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen, soziale Führungspersonen, LandrechtsaktivistInnen, ethnische Minderheiten, Gewerkschaftsmitgliedern und Angehörige der politischen Opposition. Wir erwarten von der kolumbianischen Regierung eine gezielte Bekämpfung und Auflösung der Paramilitärs im Sinne des Friedensabkommens, unter anderem mit einer unabhängigen Sondereinheit des Staatsanwaltschafts, sowie eine Säuberung der Sicherheitskräfte und eine Abkehr von der Doktrin des inneren Feindes, um zukünftige Zusammenarbeit mit illegalen bewaffneten Akteuren zu unterbinden. Ebenso müssen effektive Schutzmassnahmen und Garantien für MenschenrechtsverteidigerInnen, soziale Führungspersonen sowie die politische Opposition und ehemalige Guerilleros ergriffen werden.
- ✚ Wir erachten die Beteiligung der Bevölkerung an politischen und sozialen Prozessen als vordringlich für den Aufbau eines wirklichen und andauernden Friedens in Kolumbien. Wir ermutigen die Politik Kolumbiens deshalb, weiter an der Demokratisierung und der Transparenz des Politikbetriebes zu arbeiten. Weiter bitten wir die Regierung, das Recht der Bevölkerung auf friedliche Proteste und auf Meinungsäusserungen wie durch Volksbefragungen und Abstimmungen beispielsweise über Megaprojekte, zu respektieren; in gutem Glauben mit sozialen Gruppen und Protestierenden zu verhandeln und die ausgehandelten Abkommen umzusetzen und zu respektieren. Insbesondere fordern wir ein Ende der Kriminalisierung von sozialen Führungspersonen und ein Ende der Repression durch die Polizei-Sondereinheit ESMAD.
- ✚ Die ungerechte Landbesitzverteilung sowie die Benachteiligung und Vernachlässigung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gehören zu den Hauptursachen für die vergangenen sechs Jahrzehnte interner bewaffneter Konflikte. Bei der Landrückgabe und bei der Erarbeitung und Umsetzung einer effektiven integralen Landreform steht Kolumbien noch vor gewaltigen Herausforderungen. Wir fordern die Regierung mit Nachdruck auf, sich gegen weitere Verwässerungen der Landreformgesetzgebung zu engagieren, illegal angeeignetes Land zu enteignen und den Zugang zu Land für die arme ländliche Bevölkerung zu einer Priorität zu erklären. Eine Stärkung der KleinbäuerInnen und der ethnischen Minderheiten, der Schutz ihrer Rechte und ihre Anerkennung als politische Subjekte sind für einen integralen Frieden unerlässlich.
- ✚ Wir begrüssen die Einigung bezüglich der Bekämpfung des Drogenhandels im Schlussabkommen zwischen den FARC und der Regierung. Wir denken, dass die Substitution der Drogenpflanzungen in erster Linie von einer Entkriminalisierung der Cocabauern ausgehen muss, und die wirtschaftlichen Grundbedingungen positiv verändert werden müssen. Eine erfolgreiche Substitution geht Hand in Hand mit der Entwicklung des ländlichen Raumes. Eine kurzfristige Fokussierung auf ausgerottete Hektaren führt nicht zum Ziel. Die fortdauernde Kriminalisierung und das Beharren auf der erzwungenen Ausrottung drohen die Substitutionsanstrengungen vieler Gemeinschaften von Cocabauern zu hintertreiben.